

Max on the beach
Wieso Max-Planck-Forscher
künftig auch in Florida
arbeiten | Seite 29

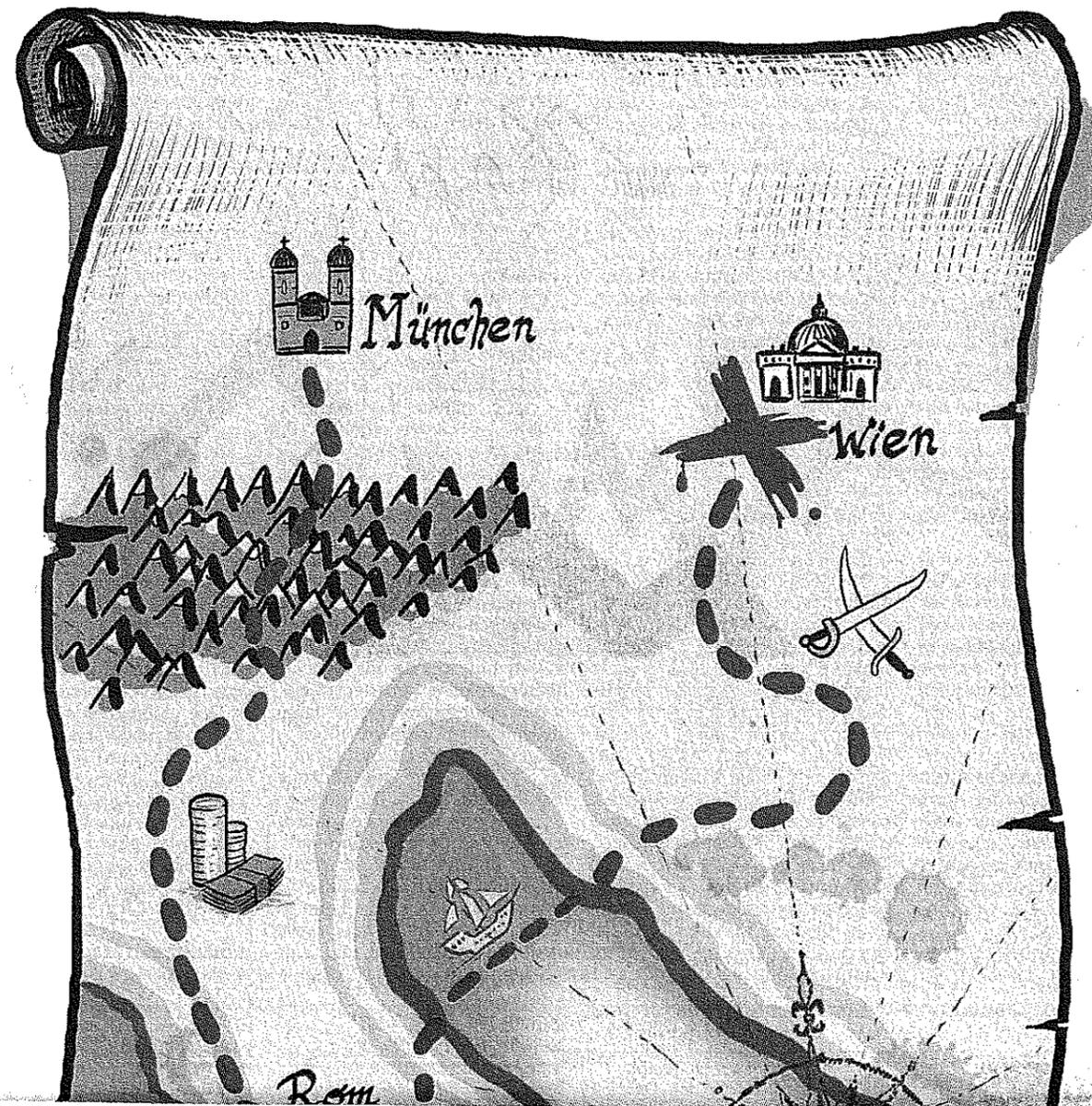
AGENDA

Tipps zum Frühstück
Wie man schon beim
Morgenkaffee gute
Geschäfte macht | Seite 32

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

KOMMENTAR | REPORTAGE | HINTERGRUND

MITTWOCH, 30. JANUAR 2008



Die Bank Austria in Wien galt als größter **Schatz** der HypoVereinsbank. Jetzt fordern Kleinaktionäre des Münchner Instituts ihren Anteil vom italienischen Käufer Unicredit

und Boden, allein gegen den Verkauf der Bank Austria hat Krenek 48 Anfechtungsklagen mit mehr als 1000 Seiten Umfang bekommen. Dazu noch einmal gut 125 Anfechtungsklagen gegen den zwangsweisen Ausschluss der Minderheitsaktionäre aus der HVB, wie ihn die Italiener fordern.

In einer weiteren Klage fordern Hedgefonds und Investmentgesellschaften 17,35 Mrd. € Schadensersatz für die HVB – um so den Wert ihrer eigenen HVB-Aktien zu pushen. Unter ihnen befinden sich Topadressen wie Arnhold and S. Bleichroeder, Allen & Company sowie Angelo, Gordon & Co. in New York.

Das alles ist für deutsche Verhältnisse rekordverdächtig. Und der Strom reißt nicht ab: Erst gestern reichte auch die Berliner Verbraucherzentrale für Kapitalanleger ihre Klage ein.

Krenek nimmt die Papierflut gelassen. Der 46-Jährige ist erfahren im Umgang mit Streitfällen zwischen Kleinaktionären und Großkonzernen wie HVB, MAN oder Siemens. Erst im Herbst hat er ein spektakuläres Urteil gefällt: Damals entschied er, dass VW-Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch auch den Vorsitz im MAN-Aufsichtsrat haben darf – gegen den Willen von Aktionärsschützern.

Doch manchmal haben die Klagen der Kleinen auch Erfolg. „Beschlüsse von Aktiengesellschaften sind sicherlich nicht über jeden Zweifel erhaben“, sagt Richter Krenek, der nach eigenem Bekunden selbst überhaupt keine Aktien besitzt. „Ein Rechtsstaat muss sich die Frage stellen, ob es ein schutzwürdiges Interesse gibt. Beschlüsse aufrechtzuerhalten, die gegen das Aktienrecht verstoßen

Um sich trotz der geballten Gegenwehr durchzusetzen, bündelten die Minderheitsaktionäre ihre Kräfte – und kürten Heidel zu ihrem besonderen Vertreter. Ein bislang extrem seltener juristischer Schachzug, der dem Aktienrechtsspezialisten aber besondere Rechercherechte eröffnet.

So konnte Heidel gegen den Willen von Unicredit in Akten, Protokollen sowie im E-Mail-Verkehr stöbern. Und dazu durfte er auch gemeinsam mit dem Kölner Ex-Oberstaatsanwalt Alfred Leu, einem Experten für Wirtschaftsstrafsachen, Mitarbeiter und Vorstände wie HVB-Chef Wolfgang Sprißler oder Unicredit-Verwaltungsratschef Dieter Rampl befragen.

Als Heidel dann jüngst vom Oberlandesgericht verboten wurde, quasi wie ein Staatsanwalt in die Bank zu kommen, um selbst Unterlagen zu sichten, feierten dies die HVB-Anwälte als Wendepunkt. Der 51-Jährige sei eben doch kein Organ der Bank im juristischen Sinne oder gar ein Zwangskollege von HVB-Boss Sprißler, interpretierten sie die Eilentscheidung.

Doch da hatte Heidel bereits vieles gehört, gesehen, gelesen. Allen voran eine E-Mail, der zufolge der Verkaufspreis für die Bank-Austria-Gruppe wegen einer Zinsänderung um 300 Mio. € höher ausfallen hätte müssen. Nun hat der Anwalt diesen Trumpf in der Hand.

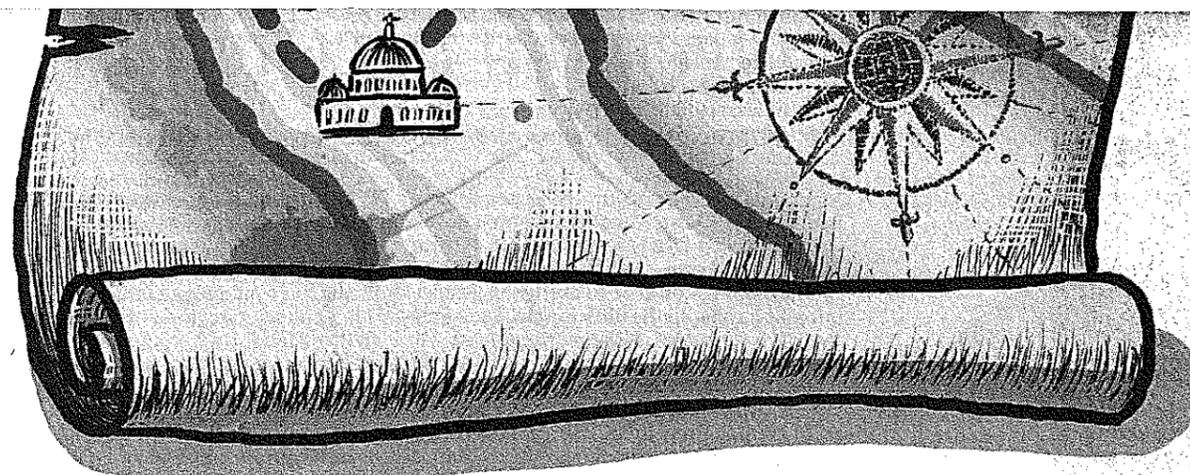
Heidel ist stolz auf seine Arbeit, nennt sie ein „wichtiges Ereignis für die Corporate Governance“ in Deutschland: „Da schaut mal einer in die Interna, ob gefuscht wurde.“

Obwohl Unicredit die HVB-Kleinaktionäre loswerden will, muss Konzernchef



**„Aufsichtsrat
und Haupt-
versammlung
wurden
getäuscht“**

Thomas Heidel,
Klägeranwalt



Kläger des verlorenen Schatzes

VON GERHARD HEGMANN, MÜNCHEN

Thomas Heidel ist überzeugt. Sehr sogar. Monatelang hat der Rechtsanwalt aus Bonn Akten gefressen, Berge von Dokumenten durchforstet, wieder und wieder frühere und jetzige Manager der HypoVereinsbank (HVB) befragt. Aber die Wühlerei hat sich gelohnt.

Denn jetzt ist sich Heidel seiner Sache sicher: Der Anwalt glaubt nachweisen zu können, dass beim Verkauf der HVB-Tochter Bank Austria an die italienische Unicredit für 12,5 Mrd. € „Aufsichtsrat und Hauptversammlung der HVB auf mannigfache Weise getäuscht wurden“.

Heidel hofft – und mit ihm mehrere Hundert Kleinaktionäre, die den 51-jährigen Rheinländer zu ihrem „besonderen Vertreter“ ernannt haben. Morgen verkündet das Landgericht München sein Urteil über den Verkauf der Bank Austria. Sollte der Vorsitzende Richter Helmut Krenek Heidels Argumentation folgen, wäre das Geschäft nichtig – auch wenn das Landgericht nur die erste Instanz ist. Dann drohen Europas drittgrößter Bankengruppe Schadensersatzzahlungen in Milliardenhöhe. Dann

Als Unicredit die HypoVereinsbank kaufte, bekam sie auch das Juwel des Konzerns: Die Bank Austria. Zu billig, befanden Kleinaktionäre – und zogen vor Gericht. Das morgige Urteil könnte die Italiener Milliarden kosten

könnte es Kleinaktionären erstmals in der deutschen Wirtschaftsgeschichte gelingen, mit ihren Klagen einen großen Deal aufzuschütten. Und die Chancen, dass es so weit kommt, stehen nicht schlecht.

Seit gut einem Jahr beharken sie sich nun schon mit allerlei juristischen Feinheiten: eine enttäuschte Aktionärsminderheit auf der einen Seite, der HVB-Vorstand und die Mutter Unicredit auf der anderen Seite. 2005 hatten die Römer die Münchner mit samt ihrer ertragsstarken Tochter Bank Austria übernommen. Und nur ein Jahr später die Wiener Bank aus der HVB herausgekauft, um sie enger an sich zu binden.

Nach Ansicht der Kleinaktionäre, die noch etwa vier Prozent der Anteile halten, sind die 12,5 Mrd. € ein Spottpreis für die Bank Austria, das einstige Juwel im HVB-Verbund. Und nach dem Verhandlungsverlauf deutet einiges darauf hin, dass zumindest Richter Krenek im Sinne der Minderheitsaktionäre urteilt. „Ich würde vom Glauben abfallen, wenn sich das Gericht anders entscheiden würde“, sagt Heidel.

Wer den Richter besucht, erkennt schnell die Dimension des Falls. In Kreneks kleinem Büro türmen sich die Akten auf Tisch

Die rechtsstaatliche Sicherheit ist auch ein internationaler Wettbewerbsvorteil.“

Krenek pocht also auf die Einhaltung des Rechts, egal, wie der Beklagte heißt – und egal, wer der Kläger ist. Den Richter stört es überhaupt nicht, dass zu den aufmüpfigen HVB-Aktionären auch einige Berufskläger zählen, die von den Prozessen leben. „Ich glaube, dass diesem überschaubaren Kreis von Aktionären eine nicht unerhebliche präventive Funktion zukommt“, sagt er. „Wenn Vorstand und Aufsichtsrat wissen, dass sie mit Anfechtungsklagen rechnen müssen, werden die Vorbereitung und die Durchführung einer Hauptversammlung deutlich besser.“

In den mündlichen Verhandlungen der vergangenen Monate hat Krenek mehrmals zu erkennen gegeben, dass Unicredit seiner Ansicht nach beim Bank-Austria-Deal möglicherweise nachbessern muss.

Zum einen seien die Aktionäre über den Grundlagenvertrag, der die Einbindung der HVB in den Unicredit-Konzern regelt, nicht ausreichend informiert worden. Zudem merkte der Richter einmal an, dass der Verkaufspreis für die Bank Austria möglicherweise eine „extreme Unterbewertung“ darstelle. Krenek schlug sogar einen Vergleich vor: Unicredit sollte 4 bis 5 Mrd. € mehr für die Bank-Austria-Gruppe bezahlen. Doch die Italiener lehnten ab.

Wie immer das Gericht entscheidet – letztendlich wird der Fall nach Ansicht von Experten beim Bundesgerichtshof landen. Erst in drei bis fünf Jahren könnte es endgültig Klarheit geben. Für die Minderheitsaktionäre wäre es aber ein wichtiger Etappensieg. Sie spielen über Bande, wollen den Wert der HVB hochtreiben. Denn weil eine Rückabwicklung des Deals kaum noch möglich ist, müsste Unicredit den Münchnern eine Milliardensumme übertragen. Damit wandert das Geld zwar innerhalb des Konzerns nur von einer Tasche in die andere – doch der Wert der HVB stiege deutlich. Und so müsste Unicredit ihr Zwangsabfindungsangebot von derzeit 38,26 € je Aktie an die Kleinaktionäre nachbessern. Vereinfacht gerechnet, ergäben 5 Mrd. € Nachzahlung etwa 5 € Zuschlag je Aktie.

Die HVB lehnt vor der Entscheidung des Landgerichts sowie der Vorlage der schriftlichen Urteilsgründe eine Stellungnahme ab. „Alle Beschlüsse der Hauptversammlung vom Oktober 2006 sind auch vom Verfahren her ordnungsgemäß herbeigeführt worden“, sagt eine Sprecherin der Bank. Kreneks Kritik am Grundlagenvertrag habe im Kern nichts mit dem Verkauf der Bank Austria und der Bewertung zu tun, heißt es in HVB-Kreisen. Dass es Schadensersatzansprüche geben könnte, bestreiten die Vorstände von HVB und Unicredit energisch.

Alessandro Profumo sie wahrscheinlich in diesem Jahr nochmals anhören. Vorsichtshalber hat die Bank für den 14. und 15. Mai wieder einen Saal für eine Mammut-Hauptversammlung gebucht. Das Aktionärstreffen würde der HVB eine zweite Chance bieten: Man könnte die kritischen Punkte nochmals zur Abstimmung vorgelegen. Wahrscheinlich aber werden Kleinaktionäre dann erneut Zweifel an der Rechtmäßigkeit haben – und wieder klagen.

Anwalt Heidel wird sich wohl noch durch viele dicke Papierstapel arbeiten.

WWW.FTD.DE/UNICREDIT
Der Streit um den Bank-Austria-Deal

KLEINE STREITCHRONIK

Juni 2005 Unicredit und HypoVereinsbank (HVB) vereinbarten ihren Zusammenschluss.

September 2006 Unicredit gibt bekannt, die HVB-Tochter Bank Austria für 12,52 Mrd. € kaufen zu wollen.

Oktober 2006 Die außerordentliche Hauptversammlung der HVB beschließt mit den Stimmen von Unicredit den Verkauf der Bank Austria. In der Folge kommt es zu 48 Anfechtungsklagen von Kleinaktionären.

Januar 2007 Unicredit kündigt den Zwangsausschluss der Kleinaktionäre an.

Mai 2007 Unicredit bietet den Kleinaktionären 38,26 € Zwangsabfindung – heute notiert die HVB-Aktie bei mehr als 40 €.

Mai 2007 Das Landgericht München spricht von einer „extremen Unterbewertung“ der Bank Austria beim Verkauf.

Juni 2007 Die Hauptversammlung der HVB beschließt mit den Stimmen von Unicredit den Zwangsausschluss der HVB-Minderheitsaktionäre. In der Folge kommt es zu mehr als 100 Anfechtungsklagen.

Juni 2007 Eine Gruppe von acht Hedge-Fonds und Finanzinvestoren verklagt Unicredit auf eine Zahlung von 17,35 Mrd. € an die HVB.

Oktober 2007 Unicredit scheitert in erster Instanz mit dem Versuch, Heidels Bestellung zum besonderen Vertreter der Minderheitsaktionäre für unwirksam zu erklären.

31. Januar 2008 Das Landgericht München entscheidet über die Anfechtungsklagen zum Bank-Austria-Verkauf.